



INHALT FEBRUAR 2012

SEITE 1

„ALLER GUTEN DINGE SIND DREI“

Breite Unterstützung für das „Bündnis Dresden nazifrei“

DEN NAZIS DEN GROSSAUFMARSCH NEHMEN

Die DGB-Jugend zu den Terminen 13. und 18. Februar

SEITE 2

EIN ANDERER NEUJAHRESEMPFANG

Empörte trafen sich, um über rechte Gewalt und Rassismus zu diskutieren

VER.DI NRW ZEIGT ...

... die gelbe Hand!

ENGAGEMENT GEGEN RECHTS STÄRKEN

Bahn AG: Personalvorstand Ulrich Weber und EVG-Vorsitzender Alexander Kirchner beziehen Position

SEITE 3

GEGEN ALLTÄGLICHEN RASSISMUS SENSIBILISIEREN

Internationale Wochen gegen Rassismus finden vom 12. bis 25. März statt

WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“

Preisverleihung am 16. März in Düsseldorf

BUNT, NICHT BRAUN

Glinde wehrt sich gegen Laden für Thor-Steinar-Kleidung

FLAGGE ZEIGEN

Erklärung des DGB-Bundesvorstands

SEITE 4

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

ZEICHEN FÜR DEMOKRATIE & ZIVILCOURAGE GEFORDERT

Gewerkschaften im niedersächsischen Lehrte aktiv

FILM DES MONATS

Die Mischung macht's



„ALLER GUTEN DINGE SIND DREI“

Breite Unterstützung für das „Bündnis Dresden nazifrei“

Auch in diesem Jahr haben Neonazis in Dresden einen so genannten Gedenkmarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens angemeldet. Termin ist der 18. Februar. Und wie in den beiden letzten Jahren will das „Bündnis Dresden nazifrei“ den Aufmarsch durch eine friedliche Blockade verhindern. Der Aufruf heißt dementsprechend

auch „Aller guten Dinge sind drei“.

In den Jahren zuvor hatte sich das Nazi-Treffen in Dresden zu einer der größten rechtsradikalen Veranstaltungen Europas entwickelt. Diesen Trend sehen die Initiatoren des Protests nun gebrochen.

Der Aufruf zur friedlichen Blockade wird bundesweit von vielen Prominenten unterstützt. Das reicht von Künstlern wie dem Kabarettisten Volker Pispers und den Bands Tote Hosen und Ärzte bis zu Wissenschaftlern. Aus der Politik haben unter anderem Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse sowie prominente Politikerinnen und Politiker von SPD, Bündnis 90 – die Grünen und Linkspartei den Aufruf unterzeichnet. Aus den Gewerkschaften zählen neben der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der GEW auch die DGB-Jugend zu den Unterzeichnern.

Der DGB-Bundesjugendsekretär, René Rudolf, erklärte dazu: „Die DGB-Jugend unterstützt mit ihrem Beschluss im Bundesjugendausschuss die Aktivitäten des Bündnisses ‚Dresden Nazifrei‘. Zivil-

gesellschaftliches Engagement gegen Nazis ist notwendig. Die jüngst aufgedeckten Ereignisse um die Nazi-Morde zeigen deutlicher denn je: Wir müssen den Neonazis und ihrer menschenverachtenden Ideologie jegliche Plattform nehmen – in Dresden und anderswo. Dabei steht ziviler Ungehorsam in der Tradition gewerkschaftlichen

Protests und ist ein legitimes Mittel gegen Umtriebe von rechts.“

Neben dem „Bündnis Dresden nazifrei“ gibt es auch die Arbeitsgemeinschaft 13. Februar, die von der Stadtverwaltung initiiert wurde. Die Arbeitsgemeinschaft

plant für den 13. Februar – dem Jahrestag des Bombenabwurfs auf Dresden – wie in den letzten Jahren eine Menschenkette, die die Altstadt umschließt. Am 18. Februar will die Arbeitsgemeinschaft eine Kundgebung veranstalten und „in Sicht- und Hörweite“ des Neonazi-Aufmarschs demonstrieren.

Die Arbeitsgemeinschaft 13. Februar spricht sich gegen die Blockaden aus.



DEN NAZIS DEN GROSSAUFMARSCH NEHMEN

Die DGB-Jugend zu den Terminen 13. und 18. Februar

Für Verwirrung sorgte Ende Januar die Information, die Nazis würden am 18. Februar nicht durch Dresden laufen wollen. Recherchen in den entsprechenden Kreisen hätten ergeben, dass die Nazis offiziell noch nicht für den 18. Februar mobilisieren.

Dazu erklärt Katharina Strutynski von der DGB-Jugend: „Durch Dresden laufen wollen sie ganz sicher – nur scheint es so zu sein, dass sie aus den letzten Jahren gelernt haben.“ Regional mobilisieren die Rechten auch für den 13. Februar. Allerdings werden sie für den Tag – ein Montag – nicht mehr Leute mobilisieren können als im letzten Jahr. Damals waren es – an einem Sonntag – 1300. Die DGB-Jugend ruft Menschen aus der Region dazu auf, auch am 13. Februar nach Dresden zu fahren und am Mahngang „Täterspuren“ des Bündnisses „Dresden nazifrei!“ teilzunehmen.

Gleichzeitig stellt die DGB-Jugend klar: „Unser Hauptaugenmerk liegt allerdings immer noch auf dem 18. Februar: Wenn wir jetzt einen Rückzieher machen könnten es die Nazis schaffen, bis dahin breit zu mobilisieren. Den Großaufmarsch müssen wir ihnen nehmen! Lasst uns wie geplant am 18.2. nach Dresden fahren – auf dass der Naziaufmarsch Geschichte wird!“

AUFRUF: SCHWEIGEMINUTE ZUM GEDENKEN AN DIE OPFER RECHTSEXTREMISTISCHER GEWALT

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände rufen gemeinsam auf, am **Donnerstag, den 23. Februar 2012, 12:00 Uhr**, für eine Schweigeminute in ihrer Arbeit inne zu halten, um der Opfer rechtsextremistischer Gewalt zu gedenken. Die Schweigeminute findet zeitgleich mit dem zentralen Staatsakt der Verfassungsorgane des Bundes für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt statt.

Der Kumpelverein schließt sich dem Aufruf an: Macht mit!

EIN ANDERER NEUJAHRSEMPFANG

Empörte trafen sich, um über rechte Gewalt und Rassismus zu diskutieren



v.l.: Giovanni Pollice, Guntram Schneider, Nihat Öztürk

Ein „Neujahrsempfang für Empörte – Gegen rechte Gewalt und Rassismus“ fand am 13. Januar 2012 im Düsseldorfer Gewerkschaftshaus statt. Veranstalter waren der DGB Düsseldorf-Bergisch Land, die IG Metall Düsseldorf-Neuss, ver.di Bezirk Düsseldorf, der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ und der Düsseldorfer internationale Verein Mosaik.

Eingeladen waren alle, die guten Willens sind, nicht mehr wegzuschauen und sich gegen rechte Gewalt und Rassismus aktiv engagieren und vernetzen wollen. Und viele waren gekommen, Nordrhein-Westfalens Arbeits- und Integrationsminister Guntram Schneider, der Vorsitzende des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, Düsseldorfs Bürgermeisterin Gudrun Hock, Polizeipräsident Herbert Schenkelberg, Pfarrer Martin Fricke vom Evangelischen Kirchenkreis Düsseldorf, der türkische Generalkonsul Firat Sunel, der griechische Generalkonsul Nikolaos Plexidas, Vertreter von rund 50 Initiativen gegen Rassismus und zivilgesellschaftlichen Organisationen und viele mehr. Guntram Schneider verwies in seiner Rede darauf, wie wichtig „öffentliche Zeichen der Solidarität“ sind. Es sei kaum vorstellbar

– so der Minister mit Blick auf die rassistisch motivierte Mordserie der Zwickauer Zelle – „wie sich solche Morde auf die Psyche und das Wohlbefinden gerade der Menschen mit Migrationshintergrund auswirken, nicht nur derjenigen, die einen engen Angehörigen verloren haben“. Es ist aus Sicht Guntram Schneiders ein generelles Problem in der Gesellschaft, dass eine Willkommenskultur für Menschen mit Migrationshintergrund wenig ausgeprägt ist. Schneider: „Aber hier geht es um noch viel mehr: Nicht nur um das Gefühl, nicht willkommen zu sein, sondern um die Angst, auf Grund der Herkunft auch von völlig willkürlicher Gewalt bedroht zu sein.“ Deshalb seien Veranstaltungen wie der Neujahrsempfang für Empörte so wichtig. Dies sei aber nur das eine, der wirklich harte Kampf, so Schneider, beginne im Alltag: Nicht weghören, wenn im Freundes-, Familien- oder Bekanntenkreis gegen Ausländer geredet werde, Zivilcourage zeigen, wenn im Bus oder in der Fußgängerzone Menschen beleidigt und angegriffen würden, als politisch Verantwortliche nicht mit menschenverachtender Sprache auf billigen Applaus aus zu sein, sondern gerade nicht der großen Vereinfachung nachzugeben.

Wie es funktioniert, im Alltag gegen Rassismus und für Gleichbehandlung einzutreten, wurde in Kurzinterviews mit drei Betroffenen vorgestellt. Das war zunächst Monika Lent-Öztürk, Vorsitzende von Mosaik. Dem Verein gehören über 100 Mitglieder aus 18 Nationen an. Der Zweite war Giovanni Pollice, Vorsitzender des Kumpelvereins, der die Arbeit des Kumpelvereins vorstellte. Drittens schließlich hat Lina Abou Nabout über die Mahnwache Schweigen gegen das Schweigen in Neuss berichtet, die sie mit organisiert hatte.

In einer zweiten Runde schilderten Bürgermeisterin Gudrun Hock, Polizeipräsident Herbert Schenkelberg, Pfarrer Martin Fricke und der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende, Andreas Meyer-Lauber, was sie in ihrem Verantwortungsbereich unternehmen, um den Kampf gegen Rassismus und Nazi-Ideologie voranzutreiben und vor allem dafür zu sorgen, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sicher fühlen können.

Nihat Öztürk, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Düsseldorf-Neuss, kündigte für die Betriebe in seinem Organisationsbereich an, dass die Jugend- und Auszubildendenvertretungen aufgefordert werden, in den Jugendversammlungen in den Betrieben im ersten Quartal – zwischen dem 16. und 29. März – das Thema „Rechte Gewalt und Rassismus“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Um „unseren Verein“ zu stärken – so Öztürk – hat die IG Metall Düsseldorf-Neuss beschlossen als Verwaltungsstelle den Kumpelverein durch eine Fördermitgliedschaft zu unterstützen.

VER.DI NRW ZEIGT ...

... die gelbe Hand!



Unübersehbar hängt ein riesiges Plakat mit der Gelben Hand am Verwaltungsgebäude des nordrhein-westfälischen ver.di-Landesbezirks in Düsseldorf. Für den stellvertretenden Landesbezirksleiter, Uli Dettmann, passt das genau zu seiner Gewerkschaft: „Aufregend bunt – beruhigend stark“ war das Gründungsmotto von ver.di vor zehn Jahren. Dies ist für uns auch heute noch Auftrag und Programm. Das heißt für uns, Vielfalt und Toleranz in unserer täglichen Arbeit leben und in unserer Gesellschaft fördern. Jegliche Form von Ausgrenzung und Rassismus ist für uns völlig inakzeptabel. Die ‚Gelbe Hand‘ ist dabei seit 25 Jahren unser ‚Markenzeichen‘. Um Flagge zu zeigen, gerade in der heutigen Zeit und als Dankeschön an die vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen hängt die gelbe Hand jetzt für alle sichtbar am Haus des ver.di Landesbezirks in Düsseldorf.“

ENGAGEMENT GEGEN RECHTS STÄRKEN

Bahn AG: Personalvorstand Ulrich Weber und EVG-Vorsitzender Alexander Kirchner beziehen Position

Die Deutsche Bahn will ihr Engagement gegen rassistische und rechts-extreme Tendenzen verstärken. Die aktuelle Diskussion über die Gefahren rechtsextremer Gewalt zeige, „dass wir uns an der richtigen Ecke engagieren“, so Personalvorstand Ulrich Weber gegenüber „imtakt“, dem Magazin der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Das schlage sich auch in der Berufsausbildung nieder. Weber: „Bei den jungen Leuten, die zu uns kommen, haben wir natürlich eine besondere Verantwortung, nicht nur was die fachliche

Qualifizierung anbelangt, sondern auch für die Themen Verhalten und Sozialkompetenz.“ In diesem Zusammenhang verwies der Bahnvorstand auch auf den Wettbewerb „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“: „Wir haben uns zwischendurch gefragt, ob dieser Wettbewerb noch zeitgemäß ist. Aber wir sind eindeutig zu dem Ergebnis gekommen: Ja. Wir wollen uns als großes Unternehmen in Deutschland engagieren und junge Leute zum Mitmachen anregen. Und ‚Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt‘ hat jetzt durch die Entwicklun-

gen der letzten Monate wieder eine schreckliche Aktualität erfahren. Ich bin gespannt, wie sich das in diesem Jahr in den Beiträgen niederschlagen wird.“ Auf ein mögliches NPD-Verbot angesprochen erklärt Weber, es sei „trotz aller juristischer Zweifelsfragen richtig, so ein Zeichen zu setzen“. Auch der EVG Vorsitzende, Alexander Kirchner nimmt zum Thema Stellung: „Der Kampf gegen rechtsradikale, rassistische und fremdenfeindliche Umtriebe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ihr sollte sich niemand entziehen. DB-Vorstand hat

erkannt, dass auch für Unternehmen ein demokratisches, bürgerschaftliches Engagement wichtig ist. Die EVG begrüßt die Aussagen von Herrn Weber und wird den DB-Vorstand bei seinem Bestreben im Kampf gegen rechts unterstützen. Ein hervorragendes Instrument haben wir in dem Wettbewerb ‚Bahn-Azubi gegen Hass und Gewalt‘, der durch die Gewerkschaften initiiert wurde und nun ins zwölfte Jahr geht. Wir freuen uns auf die Fortführung dieses Ideenwettbewerbs und werden uns auch weiterhin als Schirmherr engagieren.“

GEGEN ALLTÄGLICHEN RASSISMUS SENSIBILISIEREN

Internationale Wochen gegen Rassismus finden vom 12. bis 25. März statt

Über 60 Organisationen und Einrichtungen kooperieren in diesem Jahr, um die Internationalen Wochen gegen Rassismus durchzuführen. Sie finden vom 12. bis 25. März statt. Federführend bei den Veranstaltungen ist der Interkulturelle Rat, der 1994 vom DGB und kirchlichen Einrichtungen gegründet wurde.

Die diesjährigen Wochen gegen Rassismus stehen auch unter dem Eindruck der rassistisch motivierten Morde in Norwegen und der Morde der Zwickauer Nazi-Zelle im letzten Jahr. Der Vorsitzende des Interkulturellen Rats, Jürgen Micksch, dazu: „Bei allem berechtigten Erschrecken über das Ausmaß der Gewaltbereitschaft und den Organisationsgrad rechtsextremer Rassisten: Wir dürfen die Augen vor dem alltäglichen Rassismus in unserem Land nicht verschließen.“

Die rassistisch motivierten Mörder glauben oft, dass sie im Namen einer schweigenden Mehrheit handeln. Deshalb müssen aus Sicht des Interkulturellen Rats die Menschen gegen einen alltäglichen Rassismus sensibilisiert werden. Dabei geht es zum Beispiel um Einstellungen und Haltungen, die nach repräsentativen Befragungen aus dem Jahr 2010 zeigen, dass knapp die Hälfte der Befragten der Überzeugung ist, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben. Über ein Viertel aller Deutschen meinen, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutsch-

land untersagt werden sollte. Auf die anscheinend kleinen Alltäglichkeiten, die das Denken vergiften können, verweist die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth in einem Grußwort zu den Wochen gegen Rassismus: „Auch Bürgern aus den östlichen Mitgliedsländern der Europäischen Union, die im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit seit dem 1. Mai 2011 nach Deutschland kommen, schlagen Ressentiments und Rassismus entgegen. Besonders betroffen sind niedrigqualifizierte Arbeitssuchende und Angehörige der Roma, die angesichts von Marginalisierung und Verfolgung in ihren Herkunftsländern nun in Westeuropa eine bessere Zukunft suchen.“ Und: „Flüchtlinge – auch aus den Ländern des von Europa begrüßten »arabischen Frühlings« – werden an den Außengrenzen abgefangen und in menschenunwürdige Verhältnisse abgeschoben, statt ihnen den Schutz zu geben, den sie brauchen.“

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus bieten Gelegenheit sich mit den rassistischen Verbrechen in unserem Land zu beschäftigen und auch mit dem Alltagsrassismus und damit, was das eine mit dem anderen zu tun hat. Im letzten Jahr haben Menschen auf über 1000 Veranstaltungen in mehr als 300 Städten und Gemeinden sich mit dem Thema Rassismus auseinandergesetzt. So kann Sensibilisierung vorangetrieben werden. Deshalb

ist es aus Sicht des Interkulturellen Rats äußerst befremdlich, dass bereits dieses Jahr für die Aktivitäten zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus keine öffentlichen Fördermittel mehr zur Verfügung gestellt werden und somit auch die Arbeit des Interkulturellen Rats gefährdet ist.

Der Interkulturelle Rat hat zur Vorbereitung der Wochen gegen Rassismus 2012 ein 60seitiges Materialheft sowie Anregungen und Vorschläge zur Durchführung von Veranstaltungen und weitere Mobilisierungsmaterialien erarbeitet. Diese Materialien können bei der Geschäftsstelle angefordert oder im Internet heruntergeladen werden.

www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de

Interkultureller Rat in Deutschland e.V.

Tel.: 06151 - 33 99 71

Fax: 06151 - 39 19 740



WETTBEWERB

„DIE GELBE HAND“

Preisverleihung am 16. März in Düsseldorf

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus findet am **16. März 2012 um 16.00 Uhr** im Hans-Böckler-Haus in Düsseldorf die Preisverleihung des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“ für das Jahr 2011/ 2012 statt. Teilgenommen haben Jugendliche, die sich derzeit in einer beruflichen oder schulischen Ausbildung befinden. Sie haben sich mit dem Thema Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für Gleichberechtigung in ganz unterschiedlichen Beiträgen auseinandergesetzt.

Die Schirmherrschaft für den Wettbewerb 2011/ 2012 hatten der nordrhein-westfälische Arbeits- und Integrationsminister -Westfalens, Guntram Schneider, und der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Franz-Josef Möllenberg, übernommen. Die Jury für den Wettbewerb hatte Mitte Januar die Preisträgerinnen und Preisträger ausgewählt. In Düsseldorf werden die Preise von den Schirmherren übergeben.

FLAGGE ZEIGEN

Erklärung des DGB-Bundesvorstands

Der DGB-Bundesvorstand hat im Dezember die Resolution „Flagge zeigen gegen Nazi-Terror“ beschlossen. Darin fordert der DGB mit Blick auf die Zwickauer Terrorzelle „eine umfassende und lückenlose Aufklärung der Mordserie sowie aller Fahndungsspannen“.

Und der DGB mahnt angesichts der rechtsextremen Gefahr: „Das Relativieren und Verdrängen muss ein Ende haben. Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!“ Zu den gesellschaftlichen Hintergründen rechtsextremer und rassistischer Ideologie heißt es in der Erklärung: „Egoismus, Ellenbogenmentalität, Gier und Profitdenken haben das gesellschaftliche Klima vergiftet. Der Rechtsextremismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Neonazis in verschiedenen europäischen Ländern nutzen soziale Ungerechtigkeiten für ihre rassistischen Ziele, indem sie eine Ethisierung sozialer Probleme betreiben.“ Konkret fordert der DGB u. a. ein Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen.

BUNT, NICHT BRAUN

Glinde wehrt sich gegen Laden für Thor-Steinar-Kleidung



Seit September 2011 gibt es im schleswig-holsteinischen Glinde vor den Toren Hamburgs einen Modedesignerladen namens Tønsberg, der die rechte Szene mit Kleidung, etwa der Marke Thor Steinar versorgt.

Und ebenso lange gibt es jeden Werktag vom Nachmittag bis zum Geschäftsschluss eine Mahnwache vor dem Laden. Und jeden Samstag demonstrieren besorgte Bürgerinnen und Bürger für die Schließung des Ladens.

Anfang Januar war die Gruppe Sambawelle zum Neujahrsempfang der Demonstranten gekommen und trommelte zur Unterstützung und zum Aufwärmen heiße Rhythmen. Die Gruppe hat ihren Proberaum in Glinde und muss auf dem Weg dorthin an dem Geschäft vorbei. Grund genug gegen diese Belästigung zu trommeln.

Eine andere Samstag-Aktion hatte Ende November stattgefunden.

Rund 1000 Menschen demonstrierten unter dem Motto „Glinde ist bunt aber nicht braun“. Aufgerufen hatten SPD, CDU, Grüne, Linke und auch die Gewerkschaften aus der Region.

Dabei war auch die Ortsgruppe der IG BCE aus Hamburg-Bergedorf. Sie unterstützte die Demonstrationen, um gegen die menschenverachtende Ideologien und die damit verbundenen Symbole der Neonazis zu protestieren. Da sehr viele IG BCE-Mitglieder in Glinde und Umgebung arbeiten und leben möchte die Ortsgruppe aber auch dafür sorgen, dass Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, ohne Bedrohung von Rechtsterror in Glinde leben können.

ZEICHEN FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILCOURAGE GEFORDERT

Gewerkschaften im niedersächsischen Lehrte aktiv

Im niedersächsischen Lehrte haben der DGB und ver.di in einer Smart-Mob-Aktion vor dem Rathaus vor

der Ausbreitung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gewarnt. Smart Mob ist eine über Kommunikationsmittel organisierte schnelle Protestform, die aus dem angelsächsischen Raum stammt. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter begrüßten ausdrücklich, dass der Lehrter Rat sich der Resolution gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Deutschen Bun-

destages einstimmig angeschlossen hat. Gleichwohl forderten sie die Ratsmitglieder auf, die Aktivitäten im Kampf gegen Rechts zu verstärken und ein klares Zeichen für Demokratie und Zivilcourage zu setzen. Der örtliche ver.di-Vorsitzende Reinhard Nold: „Neonazis besetzen zunehmend sozialpolitische Themen. Sie wollen soziale Abstiegsängste der Menschen mobilisieren, greifen die Kritik an der Demontage des Sozialstaats auf und besetzen sie mit ihrer alten, braunen Ideologie, wie Schuldzuweisungen an Ausländer und die Forderungen nach einem volksgemeinschaftlichen nationalen Sozialstaat“. Der Rat der Stadt – so die Forderung – solle eine vom Ausländerarbeitskreis vorgeschlagene Erklärung gegen Intoleranz, Gewalt und Rassismus noch einmal bestätigen. Konkrete Aktionspläne gegen Rechts müssten folgen.

Nold: „Wir müssen vor Ort was gegen Rechts tun. Unser Ziel ist es, ein breites Bündnis gegen Rechts in Lehrte zu etablieren“.

FILM DES MONATS

Die Mischung macht's – Eine Reportage über das Leben von Menschen mit Migrationshintergrund verschiedener Generationen im Dortmunder Norden

Bündnis für Demokratie und Toleranz (Hrsg.)
Dortmund 2007
Kurzfilm (10 Minuten)
DVD

Im Dortmunder Norden, einem kulturell gemischten Stadtteil, wurden Menschen mit Migrationshintergrund aus drei Generationen nach ihren Lebens- und Arbeitserfahrungen befragt. Die Interviews zeigen ein buntes Bild ihres Alltags und Perspektiven: von ihrem Verwurzelte sein im Stadtteil, von realen Konflikten und der Chance, die in der Vielfalt liegt. Der Kurzfilm wurde auf der Tagung „Vielfalt und Toleranz in der Aus-

bildung – Auszubildende und Ausbilder erarbeiten gemeinsam Bausteine interkulturellen Lernens“ am 7. und 8. Dezember 2007 in Dortmund produziert.

Der Film kann über das DGB Bildungswerk ausgeliehen werden:
www.migration-online.de/medienverleih



IMPRESSUM:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Leo Monz, DGB Bildungswerk
Volker Roßbocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.twitter.com/gelbehand
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/4080090

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ hat weitere neue Fördermitglieder. Unter anderem auch **Frau Dr. Angelica Schwall-Düren**, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein Westfalen. Alle neuen Mitglieder Fördermitglieder heißen wir herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für Ihre Unterstützung.
Nachfolgend die Namen:

1. Erika Albers, EVG, Mitglied im ehrenamtlichen Hauptvorstand, stellv. GBR-Vorsitzende DB Schenker Rail Deutschland AG, Berlin
2. Jochen de Jonge, ver.di, Bremerhaven
3. Kurt Dobrauer, EVG, Mitglied im ehrenamtlichen Hauptvorstand, Vorsitzender des Ortsverbandes Mühldorf
4. Torsten Falke, IG BCE, Bezirksleiter Bezirk Augsburg
5. Benjamin Freund, IG BCE, Gewerkschaftssekretär Bezirk Augsburg
6. Petra Gangl, EVG, Mitglied im ehrenamtlichen Hauptvorstand, BR Mitglied DB Netz, Regensburg
7. Thorsten Goerke, IG BAU, Gewerkschaftssekretär, Gevelsberg
8. Sabine Gruber, ver.di, Mitglied des Präsidiums des Landesbezirksvorstands, München
9. Süleyman Gürcan, IG BAU, BR Mitglied IHG, Duisburg
10. Manfred Hartmann, IG BCE, Vorsitzender der Ortsgruppe Wiesbaden-Mitte
11. Jeannette Härtling, IG BCE, Gewerkschaftssekretärin Bezirk Kassel
12. Gisela Jait, ver.di, Mitglied des Bezirksvorstands, Düsseldorf
13. Josip Juratovic, IG Metall, MdB, Heilbronn
14. Rainhard Kavel, IG BCE, BR Mitglied Continental Reifen, Hannover
15. Barbara Kraller, IG BCE, BR Mitglied Wacker Chemie AG, Burghausen
16. Kristian Lorocho, EVG, Vorstandsekretär, Berlin
17. Hans Meyer, EVG, Mitglied im ehrenamtlichen Hauptvorstand, freigestellter Personalrat beim Bundeseisenbahnvermögen DB, Lorch
18. Ulrike Obermeyer, IG Metall, Leiterin Gewerkschaftliche Bildungsarbeit beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt
19. Annegret Pawlitz, EVG, Mitglied im ehrenamtlichen Hauptvorstand, Freigestellte Betriebsrätin DB Fernverkehr, Buxtehude
20. Mahir Sahin, IG BAU, Gewerkschaftssekretär, Bezirksverband Duisburg-Niederrhein
21. Hans-Werner Schlicht, EVG, Mitglied im ehrenamtlichen Hauptvorstand, Witten
22. Michael Schulte, GEW, Geschäftsführer NRW
23. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein Westfalen
24. Rainer Sievers, ver.di, Mörfelden-Walldorf
25. Martin Volkenrath, GdP, Gewerkschaftssekretär Landesbezirk NRW, Düsseldorf

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 Euro im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorstandsvorsitzender